

## **Sessionsrückblick August Session 2026**

In der August Session wird jeweils der Standespräsident und der Vizepräsident neu gewählt. Gewählt wurde als Präsident Fabio Luzio von der FDP und als Vize Kevin Brunold von der Mitte. Da es die erste Session in der neuen Legislatur war, wurden auch alle Grossrätinnen und Grossräte neu vereidigt, ausserdem wurden auch alle Kommission gewählt. Mit grosser Freude für die SVP, wurde am Freitag Valérie Favre Accola als Regierungsrätin vereidigt. Ihr Amt wird sie dann am 1. Januar 2027 antreten.

Sachgeschäfte fanden in dieser Session keine statt, nebst den Wahlen, standen Zahlreiche Aufträge und Anfragen im Mittelpunkt. Wir von der SVP waren mit zwei Fraktionsaufträgen sehr präsent, dem betreffend Bargeld (Erstunterzeichner Sgier) und Sanktionierung des Ausweichverkehrs (Erstunterzeichner Gort).

Beim Fraktionsauftrag SVP betreffend Bargeld gab es sehr viele Wortmeldung. Berta Caminda hat in der Sommerpause eine Initiative bezüglich Bargeldes ins Leben gerufen und innert kürzester Zeit über 16 000 Unterschriften gesammelt. Der enorme Erfolg der Initianten, zu denen auch SVP-Fraktionsmitglieder gehören, ist beeindruckend. Wir hatten deshalb einen Abänderungsantrag zu unserem Fraktionsantrag eingereicht, mit dem Ziel unseren Antrag dem Initiativtext anzupassen. Die Mitte hatte einen fast gleichen Antrag eingereicht mit dem Unterschied, dass die Ausnahmen fürs Bargeld die Regierung bestimmen kann, wir wollen aber wie der Initiativtext, dass dies auf Gesetzgeberebene geschehen muss. Leider verloren wir diese Abstimmung. Nun wird dies dann nach Einreichung der Initiative im Grossen Rat erneut diskutiert und wir gehen davon aus, dass die Initianten an Ihrer Initiative festhalten werden und dann die Bündner Bevölkerung darüber abstimmen kann.

Beim Fraktionsauftrag SVP bezüglich Sanktionierung des Ausweichverkehr wurde bei sehr intensiv im Rat beraten. In diesem verlangten wir eine Machbarkeitsstudie, um bei Stausituationen die Dörfer für den Ausweichverkehr mit einem Teilfahrverbot zu sperren. Die Regierung wollte unseren Auftrag abändern, in dem sie erst tätig werden, wenn man von der Oberzolldirektion die Zusage hat, dass bei Stausituation die Vignettenpflicht auf der A13 aufgehoben wird. Leider obsiegte die Variante der Regierung, das heisst, dass man bis auf weiteres keine Lösung für die Staugeplagten Dörfer finden bzw. suchen wird.

Nach einer kurzen Fortführung der Session am Samstagvormittag, wurde diese dann um 09:00 beendet. Danach stand dann die Standespräsidentenfeier im Zentrum, welche uns nach Savognin führte.